

Bangkok - Die thailändische Premierministerin Yingluck Shinawatra wurde vom Büro des Ombudsmannes per Ultimatum aufgefordert

,  
endlich  
eine  
offizielle  
Stellungnahme  
über  
die  
rechtlich  
zweifelhafte  
Passausstellung  
an  
ihren  
Bruder  
, den  
flüchtigen  
Ex-Premier  
Thaksin  
,  
abzugeben  
.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Raksagecha Chaecha, stellvertretender Generalsekretär der Ombudsstelle, man habe schon vor Monaten das Außenministerium gebeten, eine Erklärung dafür zu liefern

,  
warum  
der  
per  
Haftbefehl  
gesuchte  
,  
flüchtige  
Ex-Premier in  
aller  
Heimlichkeit  
mit  
einem  
thailändischen  
Pass  
ausgestattet  
worden  
sei  
(  
WOCHENBLITZ  
berichtete  
:  
<http://tinyurl.com/cha2729>  
),  
habe  
aber  
keine  
Antwort  
auf  
die  
Anfrage  
erhalten  
.



Herr Raksagecha betonte, dass Büro des Ombudsmannes habe die Polizei schon Dutzende Male aufgefordert

,  
ihrer  
Pflicht  
nachzukommen  
, und den  
im  
Oktober  
2008  
zu  
einer  
2-jährigen  
Haftstrafe  
verurteilten  
Thaksin  
endlich  
festzunehmen

,  
doch  
obwohl  
sich  
mehrere  
Chancen  
geboden  
hätten

,  
sei  
eine  
Verhaftung  
erst gar  
nicht  
versucht  
worden

.  
Ebenso  
habe  
das  
Auswärtige  
Amt  
es  
scheinbar  
versäumt

, den Status des  
Herrn  
Thaksin  
zu  
überprüfen

,  
bevor  
ihm  
ein  
neuer  
Pass  
ausgestellt  
wurde

,  
denn  
sonst  
wäre  
festgestellt  
worden

,  
dass  
sich  
die  
Aktion  
nicht  
mit  
dem  
Gesetz  
vereinbaren  
lasse

.  
Der  
Ombudsrat  
sei  
den  
daraufhin  
eingegangenen  
Beschwerden  
nachgegangen  
und  
habe  
um  
eine  
Erklärung  
für  
die

geheime  
Passausstellung  
gebeten  
.

Der stellvertretende Generalsekretär der Ombudsstelle fügte hinzu, da die zuständigen Behörden sich scheinbar weigern würden, die Anfrage zu beantworten, habe man sich nun direkt an die Premierministerin gewendet und um eine Erklärung innerhalb von 30 Tagen gebeten.

Frau Yingluck wies die Anfrage umgehend von sich und erklärte, weder sie noch die Regierung hätten etwas mit der Passausstellung an ihren

Bruder  
zu  
tun.  
Auf  
die  
Frage  
eines  
Journalisten  
,  
ob  
das  
Außenministerium  
denn  
nicht  
zur  
Regierung  
gehöre  
,  
wollte  
die  
Premierministerin  
nicht  
eingehen  
.  
Stattdessen  
erklärte  
sie  
,  
dass  
auch  
die  
neuen  
Geschichten  
über  
ein  
angeblich  
heimliches  
Treffen  
mit  
ihrem  
Bruder  
in Chiang  
Rai  
frei  
erfunden  
wären

